Alle gegen alle

Es ist wieder so weit: Wahlen stehen vor der Tür. Die Parteien bedienen ihre Zielgruppen. Politische Kompromisse sind nicht mehr möglich.

Am 22. Oktober 2023 wird das Stimmvolk über die neue Zusammensetzung des National- und Ständerats entscheiden. Das dauert zwar noch etwas; auf politische Lösungen kann bis dahin aber nicht mehr gehofft werden. Denn wer nachgibt, hat bereits verloren. Der Mitte-Präsident versuchte beispielsweise in den vergangenen Monaten alles, um die eigene Kostenbremse-Initiative am Leben zu halten. Auch gute gesundheitspolitische Ansätze wurden im Keim erstickt.

Parteipositionen statt Konsens
Seit dem Beginn des Ukraine-Kriegs will die grösste Partei unseres Landes das Instrument der Neutralität in ein statisches Verfassungsziel giessen. Als kleines und neutrales Land benötigen wir aber aussenpolitische Flexibilität, um auf völkerrechtswidrige Angriffe gegen souveräne Staaten angemessen zu reagieren. Auch die Reform der beruflichen Vorsorge ist infrage gestellt. Wurde an der letzten Session eine Mehrheit erzielt, so wird diese von den Polparteien schon wieder mit dem Referendum bedroht.

Ja zur OECD-Mindeststeuer
Das SP-Verhalten zur Abstimmung über die OECD-Mindeststeuer löst ebenfalls Kopfschütteln aus. Wissen wir doch, dass die grossen Unternehmen für die Erhaltung unseres Wirtschaftsstandorts mit einer Mindeststeuer auf den Gewinn belastet werden müssen. Die Linke erhält so ihre geforderten Mehreinnahmen. Dennoch wehrt sie sich aus Verteilungsgründen fahrlässig gegen diese wichtige Vorlage.

Und dann der CS-Crash! Dass die unrühmliche Rettung uns vor schwerem Schaden bewahrt hat, war allseits schnell vergessen. Es sind Wahlzeiten … Was zählt, sind Schuldzuweisungen, erkennbare Positionsbezüge und die Bedienung von Wahlwünschen. Der Schweiz konsensorientiert zu dienen, ist derzeit nicht möglich.

Dr. rer. publ. HSG Sven Bradke
Wirtschafts- und Kommunikationsberater,
Geschäftsführer Mediapolis AG in St.Gallen